presse

AG Kultur und Medien

Ohne Archive keine Erinnerung

Marianne Schieder, zuständige Berichterstatterin:

Zum 9. Mal findet der Tag der Archive am 3. und 4. März statt. Deutschlandweit öffnen Archive ihre Magazine, bieten Ausstellungen und laden zu Diskussionen unter dem Motto "Demokratie und Bürgerrechte". Um die wichtige Aufgabe der Archive noch besser zu unterstützen, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für die Ausweitung von Anbietungspflichten ein, bevor Informationen endgültig vernichtet werden.

"Wer nach seinen Ahnen forschen oder historische Entwicklungen analysieren will, ist auf Unterlagen angewiesen, die Jahrzehnte oder Jahrhunderte alt sein können. Archive bewahren diese Schriftstücke auf, systematisieren und schützen sie vor dem Verfall. Damit leisten sie nicht nur einen wertvollen Beitrag, um die Erinnerung wachzuhalten, sondern setzen Informationen in einen historischen Kontext und machen gesellschaftliche Entwicklungen nachvollziehbar.

Damit keine Unterlagen von Behörden verloren gehen, will die SPD-Bundestagsfraktion Anbietungspflichten in Bundesgesetzen ausweiten. Dies bedeutet, dass öffentliche Institutionen verpflichtet sind, dem Bundesarchiv Dokumente zur Aufbewahrung anzubieten, bevor sie diese endgültig löschen. In sensiblen Bereichen soll dies in anonymisierter Form geschehen.

Deutschlandweit gibt es zahlreiche Archive bei Parlamenten, Kirchen, Parteien, Städten und Gemeinden, die am 3. und 4. März ihre Pforten unter dem Motto "Demokratie und Bürgerrechte" für Interessierte öffnen. Mit Ausstellungen zu Willy Brandt oder der internationalen Arbeiterbewegung macht beispielsweise die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn bereits am 2. März die 150-jährige



Geschichte der deutschen Sozialdemokratie erlebbar."